



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

9. Sitzung vom 24. Juni 2013

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00–22.10 Uhr

Leitung: Simone Abt

Anwesend: 36 Mitglieder

Abwesend: R. Bänziger Keel, S. Bräutigam, S. Inäbnit, G. Vetsch

Präsidentin:

Simone Abt

Protokoll:

Nic Kaufmann

Mitteilungen der Präsidentin

Simone Abt begrüsst die Anwesenden und weist darauf hin, dass dies die letzte Sitzung unter ihrer Leitung ist. Sie stellt Diana Casoni vor, die seit 1. Dezember als Abteilungsleiterin Personal und Recht (Pensum 80%) bei der Gemeinde Binningen arbeitet. Frau Casoni verfügt über mehr als zehn Jahre Leitungserfahrung im Personalwesen. Zuletzt war sie in leitender Stellung beim Kanton Basel-Stadt tätig. Sie engagiert sich ausserdem seit Jahren als Expertin für die eidgenössischen Prüfungen für Personalleiter und -leiterinnen und unterrichtet Personalsachbearbeitende am KV Basel. Sie studierte Jura, hat einen personalfachlichen Hintergrund und ergänzte diese Qualifikationen mit einer Ausbildung in Unternehmensführung. Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten bringt Frau Casoni nun in ihre Arbeit bei der Gemeinde Binningen ein.

Weitere Mitteilungen:

Philippe Schaub ist gemäss Mitteilung vom 10. Juni 2013 in Zukunft parteilos. Ausserdem tritt Gerhard Metz nach der heutigen Sitzung aus dem Einwohnerrat zurück. Entschuldigt sind Rahel Bänziger Keel, Silvia Bräutigam, Sven Inäbnit und Gabriela Vetsch. Zu Sitzungsbeginn sind 31 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 16; Zweidrittelmehr: 21.

Es liegen mehrere parlamentarische Vorstösse vor sowie eine Berichtigung eines Vorstosses:

Neu eingereichte Vorstösse

– Motion S. Brenneisen, G. Löhr, SP: Einführung Tempo 30 auf der Binninger Hauptstrasse	71
– Anfrage SP Fraktion: Visionen 2030 – wo stehen wir?	72
– Dringliche Motion Ch. Anliker, SVP: Reglement für Kulturfonds unter HRM2	73
– Postulat Ch. Anliker, SVP: Freier WLAN-Zugriff für alle	74
– Berichtigung Postulat, Ph. Schaub: Entfernung der Sprayereien und Schmierereien beim Binninger Schloss sowie den anderen öffentlichen Bauten	42

Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion Anliker:

Es ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Christoph Anliker (SVP): Der Kulturfonds wird Ende Jahr aufgelöst. Das heisst, der Einwohnerrat hat noch ein halbes Jahr Zeit, um eine neue Lösung zu finden. Ausserdem braucht es Zeit, um die neue Lösung in den Budgetprozess aufzunehmen. Deshalb beantragt er Dringlichkeit für diese Motion.

ABSTIMMUNG

Ja: 17 / Nein: 8 / Enthaltungen: 6

Die benötigte Zweidrittelmehrheit wird nicht erreicht.

Mike Keller, Gemeindepräsident, weist darauf hin, dass nach der neuen Rechnungslegung die Erfüllung der Motion Anliker nicht möglich ist, da der Fonds nicht mit Steuergeldern geäufnet werden kann.

Christoph Anliker, SVP: Es ist richtig, dass Fonds nicht mit Steuergeldern gefüllt werden können. Die Gemeinde verfügt aber auch über Kapitalerträge, mit denen ein solcher Fonds geäufnet werden kann. Christoph Anliker nennt das Beispiel von Bottmingen, wo ein Fonds für familien-, behinderten- und altersgerechtes Wohnen ins Leben gerufen wurde mit einem entsprechenden Reglement.

Antrag Änderung der Traktandenliste

Simone Abt, Präsidentin: Daniel Zimmermann, FDP, Präsident der Bau- und Planungskommission, beantragt die Streichung von Traktandum Nr. 11. Er hat folgenden Antrag eingereicht: „Bezug nehmend auf die aktuelle Stellungnahme des Gemeinderats vom 18. Juni 2013 zum Bericht der Bau- und Planungskommission vom 2. Juni 2013, Geschäft Nr. 33, Bewilligung Investitionsausgabe Winterhalde, stelle ich als Präsident der Bau- und Planungskommission BPK den Antrag an das Einwohnerratsbüro, die Behandlung des Geschäfts Nr. 33 als Traktandum 11 von der ER-Sitzungstraktandenliste vom 24. Juni 2013 zu streichen und das Geschäft zur weiteren Abklärung an die BPK zurückzugeben.“

Das Einwohnerratsbüro empfiehlt dem Rat, den Antrag anzunehmen. Die vorgeschriebenen parlamentarischen Abläufe wurden durch den Gemeinderat nicht eingehalten. Normalerweise erhält der Rat die Unterlagen zwei Wochen vor der Sitzung. In diesem Fall wurden die Stellungnahmen des Gemeinderats einschliesslich weiterer Akten erst später versandt. Ausserdem ging die Stellungnahme ohne Absprache mit der Bau- und Planungskommission direkt an den Gesamtrat. Das Geschäft ist nicht behandlungsreif.

Gegen die Streichung gibt es keine Einwände.

://: Das Traktandum Nr. 11 „Investitionsausgabe für Strassenbau und Abwasserleitungen Winterhalde“ wird von der Traktandenliste gestrichen und zur weiteren Abklärung an die Kommission BPK zurückgegeben.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 27.5.2013	
2. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 21.6.2013 Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2013–30.6.2014	64
3. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 21.6.2013 Wahl des Vizepräsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2013–30.6.2014	65
4. Bericht des Gemeinderats vom 16.4.2013 / Bericht der GRPK vom 5.6.2013 Jahresbericht 2012 Geschäftskreisführung: Mike Keller	50
5. Bericht des Gemeinderats vom 28.5.2013: Rückständebericht Geschäftskreisführung: Mike Keller	60
6. Bericht des Gemeinderats vom 4.6.2013 Neuer Gas-Konzessionsvertrag Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	62
7. Bericht des Gemeinderats vom 12.2.2013 / Bericht GRPK vom 5.6.2013 WBA Wärmeversorgung Binningen AG, Verkauf der Beteiligung Geschäftskreisführung: Mike Keller und Mirjam Schmidli	49
8. Bericht des Gemeinderats vom 21.5.2013 Beschaffung einer neuen Fallführungssoftware für die Sozialen Dienste Geschäftskreisführung: Barbara Jost	69
9. Bericht des Gemeinderats vom 21.9.2010 / Bericht der Spezko vom 28.5.2013 Schlussbericht Schlossparkrechnung Geschäftskreisführung: Mike Keller	70
10. Bericht / Antrag des Einwohnerratsbüros vom 19.4.2013: Motion SP: Kommissionssitze bei Fraktionsaus- und -übertritten sowie bei Parteispaltungen Zuständigkeit: Simone Abt	18
11. Traktandum zurückgezogen	
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.4.2013: Postulat Ph. Schaub, Freie Wähler: Entfernung der Sprayereien und Schmierereien beim Binninger Schloss Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	42
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.3.2013: Interpellation K. Bartels, CVP/GLP: Stand Revision Raumplanungsgesetz Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	43
14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.5.2013: Interpellation S. Tribolet, SP: Velowege auf dem Westplateau Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	46
15. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.5.2013: Postulat K. Bartels, CVP/GLP: Frühmodul bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	231
16. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 27.5.2013

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 64

Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2013–30.6.2014

Gerhard Metz, FDP: Die FDP-Fraktion nominiert Stefan Kaiser als Präsident des Einwohnerrats, der seit einem Jahr das Vize-Präsidium innehat.

Intermezzo: Es spielen Schüler und Schülerinnen der Musikschule Bottmingen. Als erste spielt Maria Dandörfer am Klavier.

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 33

Eingegangene Wahlzettel: 33

Leer: 0

Ungültig: 0

Absolutes Mehr: 17

Stefan Kaiser: 31

Andere: 2

://: Als Präsident gewählt ist Stefan Kaiser, FDP.

Traktandum 3

Nr. 65

Wahl des Vizepräsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2013–30.6.2014

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Die Fraktion nominiert Rahel Bänziger Keel als Vize-Präsidentin. Rahel Bänziger studierte an der ETH Zürich Biochemie und promovierte am Friedrich Miescher Institut in Basel im Bereich der Krebsforschung. Sie ist verheiratet und Mutter zweier Töchter. Seit Juni 2004 ist sie Mitglied des Einwohnerrats und wirkte bereits in diversen Kommissionen mit: von September 2005 bis Juni 2012 war sie Mitglied der BPK und seither ist sie Mitglied der GRPK. Sie präsierte die Spezialkommission Polizeireglement 2006 und die Spezialkommission FEB-Reglement 2012. Seit Juni 2008 ist Rahel Bänziger Fraktionspräsidentin der Grüne/EVP-Fraktion und seit Januar 2010 Landrätin. Mit Rahel Bänziger steht eine erfahrene Politikerin zur Wahl.

Intermezzo: Es spielt das Gitarrenduo Benjamin Haag und Morris Bader.

WAHL
Ausgeteilte Wahlzettel: 35
Eingegangene Wahlzettel: 35
Leer: 2
Ungültig: 0
Absolutes Mehr: 17
Rahel Bänziger Keel: 32
Andere: 1

://: Als Vizepräsidentin gewählt ist Rahel Bänziger Keel, Grüne.

Intermezzo: Benjamin Staub am Jazzklavier.

Simone Abt, Präsidentin, bedankt sich bei den vier jungen Musikerinnen und Musikern und bei Mareike Wormsbächer, der Leiterin der Musikschule Binningen-Bottmingen.

Traktandum 4

Nr. 50

Jahresbericht 2012

Eduard Rietmann, CVP/GLP, Präsident GRPK, bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung. Spezieller Dank geht an Frau Sprecher, die sich zurzeit von einer Operation erholt, an Frau Steiner und an Herrn Kaufmann, die das Protokoll geführt haben. Sie erleichtern die Arbeit der GRPK sehr. Der Dank geht auch an die Präsidentinnen und Präsidenten der Subkommissionen, die die Grundlage für den Bericht legten.

Zur Rechnung: Der Verlust von CHF 2,7 Mio., der buchhalterisch ausgewiesen ist, ist unerfreulich. Zwar kann der Verlust mit Eigenkapital gedeckt werden, was aus finanztechnischer Sicht auch Sinn macht. Wenn man die Rechnung jedoch vor dem Hintergrund des Budgets 2012 genau analysiert, stellt man fest, dass der ausgewiesene Verlust zu tief dargestellt ist. Der Gemeinderat erwähnt in seinem Bericht neben den Mindereinnahmen bei den Steuern, ungefähr CHF 6,9 Mio. weniger, auch diverse nicht getätigte Ausgaben in der Höhe von CHF 4,4 Mio. Ausserdem wurde in der Rechnung 2012 die Abschreibungspraxis der letzten Jahre nicht ausgeführt. Bisher wurden in Binningen in guten Jahren Investitionen sofort abgeschrieben.

Wenn man also den Verlust der Rechnung 2012 auf das Budget 2012 bezieht, muss man zum ausgewiesenen Verlust von CHF 2,7 Mio. die nicht gemachten Abschreibungen von CHF 1,6 Mio. und die geplanten, aber nicht ausgeführten Ausgaben von CHF 4,4 Mio. eigentlich dazu rechnen. Somit ergäbe sich faktisch ein Verlust von über CHF 8,5 Mio.

Die vorliegende Rechnung wurde ordentlich und buchhalterisch korrekt geführt. Der Einwohnerrat, der Gemeinderat und die Verwaltung müssen aber das eben vorgerechnete Resultat ebenfalls zur Kenntnis nehmen. Die Problematik der Abschreibungen der Investitionen wird mit HRM2 künftig anders gelöst werden. Die Problematik der Mindereinnahmen bei den Steuern werden aber im Budget 2014 Beachtung finden müssen. Die GRPK befasst sich nächsten Mittwoch mit HRM2. Das Budget, das der Rat im Dezember genehmigen muss, wird dem Rat nämlich bereits mit HRM2-Zahlen vorgelegt werden. Zurück zur Rechnung: In einer Privatfirma würde nach einem negativen Rechnungsabschluss das Budget korrigiert. Das sieht das Reglement nicht vor. Trotzdem wird vom Gemeinderat erwartet, dass er beim Erstellen des Budgets 2014 gewisse Ausgaben des Budgets 2013 überdenkt und sie nur vornimmt, wenn sie wirklich nötig sind.

Die GRPK ist mit den Anträgen des Gemeinderates zur Rechnung 2012 mit einer Ausnahme einverstanden: Der Kulturfonds soll nicht um CHF 125 000, sondern nur um CHF 90 000 erhöht werden.

Zusätzlich möchte die GRPK, dass der Kunstverein 2013 keine weiteren Beträge erhält, die über die Defizitgarantie von CHF 100 000, die der Rat gesprochen hat, hinausgehen. Eduard Rietmann bittet die Ratsmitglieder, weitere Angaben den ihnen vorliegenden Unterlagen zu entnehmen.

Markus Ziegler, FDP: Wenn man die Rechnung studiert, kommt man zum Schluss, dass es nicht gut steht um die Finanzen der Gemeinde. Die Details hat der GRPK-Präsident eben ausgeführt. Es geht nicht nur um einen Verlust von CHF 2,7 Mio. Es gibt auch deutliche Mindereinnahmen von rund CHF 7 Mio.; dazu kommen etliche Ausgaben, die nicht getätigt worden sind. Diese Rechnung ist für die FDP-Fraktion der Beweis, dass es von wenigen guten Steuerzahlern abhängt, ob die Rechnung unter dem Strich ein negatives oder ein positives Resultat ergibt. Nach einigen positiven Überraschungen in den letzten Jahren wendet sich diesmal das Blatt. Binningen hat sich in den letzten Jahren im kantonalen Vergleich ein hohes Ausgabenniveau geleistet. Dank dem Weitblick des Gemeinderats und der Mehrheit des Einwohnerrats konnten einige KAP-Massnahmen gegen massiven Widerstand der linken Parteien bereits realisiert werden. Die Rechnung bestätigt, dass dies der richtige Weg ist. Für die FDP stellen sich zwei wichtige Fragen. Zum einen die Analyse auf der Ertragsseite: Was genau führte zum Einbruch? Sind die Mindereinnahmen temporär oder längerfristig? Dies muss vor dem Budget 2014 diskutiert und analysiert werden. Auf der Ausgabenseite stellte die GRPK fest, dass es bei den Pflegekosten massive Abweichungen gab. Hier sind die Ursachen auch nur teilweise geklärt. Es ist klar, dass in Zukunft die Pflegekosten eher noch zunehmen werden. Auch hier braucht es eine vertiefte Analyse, bevor das Budget fürs nächste Jahr erstellt wird. Markus Ziegler dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Fraktion wird den Anträgen der GRPK folgen.

Alexander Huber, CVP/GLP: Die Fraktion dankt für die übersichtliche Darstellung des Jahresberichts und der Rechnung. Vor allem zwei Punkte stehen im Vordergrund: Auch die CVP/GLP-Fraktion ist besorgt über die Rechnung, die mit einem Verlust von CHF 2,7 Mio. schliesst. Damit das Resultat 2013 besser aussieht, muss die Verwaltung mit Disziplin und Voraussicht arbeiten. Die Steuereinnahmen wurden zu optimistisch budgetiert. Sie müssen nach unten korrigiert werden, unter anderem auch wegen der Alterung der Bevölkerung in der Gemeinde. Die Fraktion würde frühzeitige Massnahmen begrüßen, damit mit der Rechnung 2013 ein besseres Ergebnis präsentiert werden kann. Alexander Huber kündigt an, dass die Fraktion im Prinzip die Anträge der GRPK unterstützt, mit Ausnahme der Äufnung des Kulturfonds mit nur CHF 90 000. Damit ist nur noch die Defizitgarantie des Kulturvereins gedeckt. Im Übrigen wird die Fraktion den Anträgen des Gemeinderats und der GRPK folgen.

Susanne Tribolet, SP: Auch die SP dankt der Verwaltung, dem Gemeinderat und der GRPK für die geleistete Arbeit. Die Steuereinnahmen sind im vergangenen Jahr beachtlich gesunken. Vermutlich wird die Lage in den nächsten Jahren ähnlich aussehen. Andererseits wurden auch die Ausgaben reduziert: Personal- und Sachaufwand sind geringer als budgetiert. In der Medienmitteilung des Gemeinderats steht, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, damit die gesunde Finanzlage der Gemeinde trotz tieferen Steuereinnahmen bestehen bleibt. Susanne Tribolet kommt auf zwei Produktgruppen zu sprechen, in denen es Abweichungen gab. Produktgruppe 3, Gesundheit: Die Pflegekosten sind im Vergleich zu 2011 um das Fünffache gestiegen. Zum Teil wird dieser Anstieg begründet. Produktgruppe 7, Soziale Dienste: Hier ist die Lage umgekehrt; der Aufwand ist tiefer als budgetiert. Susanne Tribolet erinnert daran, dass sich hinter den Zahlen menschliche Schicksale verbergen. Dies soll nicht in Vergessenheit geraten, auch wenn in Zukunft mit tieferen Steuereinnahmen zu rechnen ist. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge der GRPK mit Ausnahme des Antrags zum Kulturfonds. Die SP wird sich in der späteren Diskussion dazu äussern. Die lokalen Vereine sollen auch in Zukunft unterstützt werden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Wohlergehen der Gemeinde - davon profitiert die ganze Bevölkerung.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Nachdem in den letzten Jahren die Rechnung immer mit zusätzlichen Steuereinnahmen zu Gunsten der Gemeinde ausfiel, ist es in diesem Jahr umgekehrt. Der Fehlbetrag wurde teilweise mit Minderausgaben korrigiert; die Rechnung schliesst dennoch mit einem Verlust.

Binningens Finanzhaushalt ist aber nach wie vor solide. Es braucht keine vorschnellen Sparprogramme. Die Gemeinde muss aufmerksam verfolgen, wie sich der Trend weiterentwickelt. Zurzeit ist noch unklar, was die neue Rechnungslegung mit sich bringt. Zudem stehen Grossprojekte an wie die Schulraumplanung, die Ausfinanzierung der Pensionskasse und die Auswirkungen der Pflegefinanzierung. Die Grüne/EVP-Fraktion hat grossen Respekt vor der politischen Konsensbildung in der Diskussion über die konkrete Ausgestaltung der neuen Rechnungslegung in Binningen und unterstützt deshalb die auf Kontinuität ausgerichtete Finanzpolitik des Gemeinderats.

Die reduzierte Äufnung des Kulturfonds für ein Jahr macht Sinn. Wichtig ist aber, dass die anderen Vereine nicht leer ausgehen sollen, weil nun kein Geld mehr zur Verfügung steht. Ausserdem wird der Kulturfonds aufgrund der neuen Rechnungslegung in einem Jahr sowieso neu geregelt werden müssen. Die Fraktion unterstützt die Anträge der GRPK vollumfänglich.

Christoph Anliker, SVP: Aufgrund der Mindereinnahmen bei den Steuern ist die Rechnung im Minus; dank der grossen Eigenkapitaldeckung der Gemeinde ist der Schaden aber klein. Die Finanzen der Gemeinde sind nach wie vor solide. Das Resultat zeigt, dass die eingeführten KAP-Massnahmen richtig und nötig waren. Die Fraktion unterstützt die Anträge der GRPK.

Mike Keller, FDP, Gemeindepräsident, bedankt sich für die gute Aufnahme der Rechnung, die leider bezüglich des Ergebnisses nicht erfreulich ausfällt. Der Gemeinderat ist sich seiner Aufgabe bewusst.

DETAILBERATUNG

Aufstockung Kulturfonds

Philippe Spitz, SP: Der Kulturfonds soll nächstes Jahr mit CHF 125 000 geäufnet werden, wie vom Gemeinderat beantragt. Gemäss neuesten Informationen enthält der Kulturfonds aktuell nur noch CHF 50 000. Die Rechnung des Projekts „Binningen Enlighted“ steht noch aus und werden den Fonds mit rund CHF 100 000 belasten. Wenn der Kulturfonds nur mit CHF 90 000 gespeist würde, wäre er im Herbst praktisch leer. Gerade in wirtschaftlich engen Zeiten kommt den Vereinen und den Kulturschaffenden eine wichtige Rolle zu. Deshalb beantragt die SP-Fraktion eine Äufnung mit dem Betrag von CHF 125 000.

Noch einige Bemerkungen zu HRM2: Einerseits ist HRM2 nur ein Modell, andererseits bezweckt es nur eine Harmonisierung; HRM2 ist also nicht bindend. Zwar gibt es eine Gemeinderechnungsverordnung des Kantons; hier handelt es sich aber um einen Fonds nach Paragraph 22, Absatz 3 der Gemeinderechnungsverordnung. Philippe Spitz verweist in diesem Zusammenhang auf die Motion der SVP.

Markus Ziegler, FDP: Die Zahlen können noch so schlecht aussehen, die Linke will weiter Geld ausgeben und keine Einsparungen vornehmen. Die GRPK hat den Antrag des Gemeinderats genau geprüft. Wenn man die Unterlagen anschaut, hätte auch die SP sehen können, dass in den vergangenen Jahren Mittel von deutlich weniger als CHF 100 000 an Kulturschaffende in Binningen gesprochen wurden. Letztes Jahr waren es etwa CHF 45 000; ein Jahr vorher war der Betrag noch deutlich kleiner. Die GRPK stellt dem Gemeinderat mit diesem Antrag ein grosszügiges, über den Durchschnitt der letzten fünf Jahre hinausgehendes Budget für die Vereine zur Verfügung. Wenn die SP findet, dem Kunstverein Binningen, der dieses Jahr bereits CHF 100 000 aus diesem Fonds bekommt, steht mehr zu, hat Markus Ziegler dafür kein Verständnis. Die Aufgabe des Kulturfonds ist es, Vereine mit kleinen Beiträgen zu unterstützen. Ausserdem besteht die Idee darin, dass man den Fonds in guten Zeiten speist. In der Vergangenheit wurde der Kulturfonds unter der Bezeichnung „Gewinnverwendung“ geäufnet. Dieses Jahr gibt es einen Rechnungsverlust. Wenn nach den Regeln vorgegangen würde, könnte der Kulturfonds gar nicht geäufnet werden. Markus Ziegler findet den Kompromiss der GRPK gut. Diesen

Kompromiss umstossen zu wollen, ist fahrlässig. Es besteht die Gefahr, dass gewisse Kulturschaffende in Binningen schlussendlich wirklich nichts bekommen.

Gaida Löhr, SP: Der Vorwurf, die Linke will nur Geld ausgeben, ist nicht gerechtfertigt. Genau so könnte man sagen, die Rechte will nur Steuern sparen. Die Aufgabe der Politik ist es zu diskutieren, wie und wo das Geld ausgegeben wird, das durch Steuern eingenommen wird, und wie viele Steuereinnahmen es braucht für die Projekte, die die Gemeinde umsetzen will. Kultur kann nicht auf die fetten Jahre beschränkt werden. Es braucht sie auch dann, wenn nicht so viel Geld vorhanden ist.

Philippe Spitz, SP: Der Antrag kommt ja aus dem Gemeinderat. Ausserdem wird das Resort Kultur von einem Mitglied der FDP geleitet. Der Vorschlag von CHF 125 000 ist also durchaus breit abgestützt.

Markus Ziegler, FDP, antwortet auf die Stellungnahme von Gaida Löhr. Im Wissen, welche Beträge in den Vorjahren ausgegeben wurden, ist der Vorwurf, der Vorschlag der GRPK bewege sich nicht im Rahmen der letzten Jahre, unseriös. Die GRPK hat mehr gemacht, als es der Usanz entspricht. Der Antrag ist ein Kompromiss. Markus Ziegler findet es nicht richtig, noch mehr zu verlangen.

Anträge der GRPK

Eduard Rietmann, CVP/GLP,Präsident GRPK, macht einen Verfahrensvorschlag. Alle unterstrichenen Zahlen sind abhängig davon, ob der Kulturfonds mit CHF 90 000 oder CHF 125 000 geöffnet wird. Es wäre also einfacher, zunächst über diesen Punkt abzustimmen.

ABSTIMMUNG Einlage in den Kulturfonds, Antrag SP (CHF 125 000) vs. Antrag GRPK (CHF 90 000)

Antrag SP: 13 Stimmen

Antrag GRPK: 22 Stimmen

Enthaltungen: 1

Der Rat folgt dem Antrag der GRPK.

Alle weiteren Anträge werden einstimmig angenommen.

BESCHLÜSSE

://: 4.1. Die Leistungsberichte gemäss Beilage werden genehmigt.

4.2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 36 578 983 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 726 814
Steuern	CHF	217 220
Gesundheit	CHF	5 281 110
Kultur, Freizeit, Sport (Anpassung Äufnung Kulturfonds)	CHF	3 733 327
Bildung	CHF	12 835 000
Öffentliche Sicherheit	CHF	715 791
Soziale Dienste	CHF	6 747 118
Verkehr, Strassen	CHF	2 893 206
Versorgung	CHF	779 655
Raumplanung, Umwelt	CHF	649 742

4.3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets gemäss Tabelle 4 in Kapitel 5 mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 33 882 650 werden genehmigt.

4.4. Die Laufende Rechnung 2012 mit Aufwendungen von CHF 70 968 027, Erträgen von CHF 68 271 694 und einem Aufwandüberschuss von CHF 2 696 333 wird genehmigt.

4.5. Ergebnisverwendung:

Der Bruttoüberschuss 2012 von CHF -2 606 333 (a - b + c + d) wird wie folgt verwendet (Zahlen gerundet):

a. Zusätzliche Abschreibungen gem. Anhang I	CHF 1 977 559
b. Entnahme aus Vorfinanzierungen gem. Anhang VI	CHF 1 977 559
c. Einlage in Kulturfonds	CHF 90 000
d. Verrechnung mit dem Eigenkapital	CHF -2 696 333

4.6. Die Bestandesrechnung 2012 mit Aktiven und Passiven von jeweils CHF 43 417 331 wird gemäss Anhang III genehmigt.

4.7. Die Investitionsrechnung 2012 mit Ausgaben von CHF 3 790 495, Einnahmen von CHF 2 847 211 und Nettoinvestitionen von CHF 943 284 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 5

Nr. 60

Rückständebericht

Eintretensdebatte

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Mit drei Ausnahmen folgt die Grüne/EVP-Fraktion den Anträgen des Gemeinderats. Trotz mehrjähriger Arbeit ist die Umsetzung des Zweckverbands Zivilschutz noch nicht vollzogen; immer noch ist einiges unklar. Anscheinend sind Kooperationen schwierig zu erreichen. Auch die Postulate „Erhalt der Tramverbindung“ und „Gundeli-Tunnel“ können noch nicht abgeschrieben werden. Beatrice Büschlen wird diese Haltung in der Detailberatung näher begründen. In den übrigen Geschäften folgt die Fraktion dem Gemeinderat.

Die Grüne/EVP-Fraktion nimmt den Rückständebericht zum Anlass, auf einen erfolgreich umgesetzten Spartipp aufmerksam zu machen, der von der Grüne/EVP-Fraktion ausging: Die nicht Einführung der Abstimmungsanlage. In diesem Zusammenhang drückt Beatrice Büschlen ein Lob für die Stimmzählenden aus.

Peter Heiz, FDP, dankt dem Gemeinderat für den Rückständebericht. Die Fraktion möchte die Vorstösse 1, 4 und 5 nicht abschreiben. Sie wird dies in der Detailberatung begründen.

Roy Ewald, SVP: Die Fraktion wird sich in der Detailberatung zu Wort melden beim Vorstoss 1.10, Motion der SVP „Elektronische Abstimmungsanlage“.

Pascal Andres, SP, hat eine grundsätzliche Bemerkung: Es ist gut, dass der Gemeinderat jährlich über den Bearbeitungsstand der hängigen Vorstösse berichtet. Dass der Gemeinderat aber gleichzeitig die Abschreibung einer Reihe von Vorstössen beantragt, muss kritisch betrachtet werden. Abschreibungen sollten immer im Zusammenhang mit den entsprechenden Sachgeschäften erfolgen, nicht im Rahmen einer Sammelvorlage. Die SP-Fraktion unterstützt nicht alle Abschreibungsanträge; insbesondere ist sie gegen die Abschreibung von 1.4 zur Mitsprache beim baselstädtischen Projekt „Gundeli-Tunnel“.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Auch die CVP/GLP-Fraktion fragt sich, nach welchen Kriterien der Gemeinderat ein Geschäft als erledigt abschreiben bzw. weiter offen lassen möchte. Die Antwort ist nicht bei jedem Geschäft eindeutig, sind doch diverse Vorstösse bis zum heutigen Zeitpunkt noch offen und sehr aktuell. Auf einer Pendenzenliste streicht man unerledigte Pendenzen auch nicht einfach von der Liste. Die CVP/GLP-Fraktion wird sich in der Detailberatung zu den Geschäften 2, 4 und 6 melden.

Roger Moll, parteilos: Die Gruppe der Parteilosen möchte die Geschäfte 1.3 und 1.4 stehen lassen. Zum Geschäft 1.3, Erhalt der Tramverbindung Kronenplatz-Bahnhof SBB: Die BVB beabsichtigt nach wie vor,

die Linie 2 nicht mehr über den Bahnhof zu führen, sondern direkt zur Heuwaage, weil auf der Margarethenbrücke inzwischen zwei Passagen erstellt wurden. Hier muss sich die Gemeinde dafür einsetzen, dass die Linie 2 weiterhin zum Centralbahnplatz fährt.

Markus Ziegler, FDP, möchte die linken Kolleginnen und Kollegen nach der kleinen Auseinandersetzung zu Beginn der Sitzung nun unterstützen: Die SP hat ein wichtiges Thema angesprochen. Auch Markus Ziegler fiel beim Lesen des Berichts auf, dass der Gemeinderat mit Abschreibungen sehr grosszügig umgeht. Er plädiert für mehr Zurückhaltung.

Mike Keller, FDP, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat wird sich in der Detailberatung zu den einzelnen Punkten, die besprochen werden, äussern.

Detailberatung

Simone Abt, Präsidentin: Die Nummerierung der Anträge unterscheidet sich mit den Nummern der Geschäfte im Anhang. Sie schlägt vor, dass der Rat sich an den Geschäftsnummern orientiert.

1: Postulat FDP, Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit

Peter Heiz, FDP: Die FDP-Fraktion möchte dieses Geschäft nicht als erledigt abschreiben. Die Fraktion anerkennt, dass im Zivilschutz durch den Zweckverband ein erster Schritt erreicht wurde, aber die anderen beiden Bereiche, Gemeindepolizei und Feuerwehr Binningen, sind noch nicht umgesetzt.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Das Thema Polizei ist im Postulat Ziegler zwar nicht explizit gefordert, aber dennoch wichtig. Auch der Gemeinderat sieht das so und bezieht die Polizei in seine Stellungnahme ein. Dieser Teil der öffentlichen Sicherheit ist stark im Um- und Aufbruch und nicht annähernd geklärt. Bis zur Umsetzung des Zweckverbands 2014 weiss man sicher mehr. Die offenen Punkte im Sicherheitsbereich erachtet die Fraktion als zu wichtig, um das Geschäft bereits abzuschreiben.

ABSTIMMUNG Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung des Geschäfts 1

Ja: 3 / Nein: 33 / Enthaltungen: 0

2: Postulat CVP: Vier zusätzliche Garderoben und zwei Duschräume auf den Sportanlagen Spiegelfeld

Thomas Hafner, CVP/GLP: Dieses Postulat kann zweifellos abgeschrieben werden, da man jetzt weiss, dass gebaut wird. Es ist das einzige der CVP-Postulate, das klar abgeschrieben werden kann.

ABSTIMMUNG Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung des Geschäfts 2

Ja: 33 / Nein: 0 / Enthaltungen: 3

4: Postulat CVP: Erhalt der Tramverbindung Kronenplatz-Bahnhof SBB

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Eine Studie ist noch keine Festlegung. Mit der laufenden Planung in anderen Bereichen im öffentlichen Verkehr der Region gibt es keinen Grund darauf zu vertrauen, dass die Linie 2 den Centralbahnplatz weiterhin anfährt. Die Zugänge zu den Perrons 14–17 sind in Betrieb; dies ist natürlich ein guter Grund, das Liniennetz zu verändern. Die Gemeinde muss deshalb wachsam bleiben. Die Zugänge, die von der Margarethenbrücke hinunterführen, sind für sehbehinderte Personen

und Reisende mit Gepäck nicht benutzbar. Der Weg über den Centralbahnplatz ist also weiterhin nötig. Die Fraktion wird der Abschreibung dieses Geschäfts auf keinen Fall zustimmen.

Peter Heiz, FDP: Auch die FDP-Fraktion möchte dieses Postulat stehen lassen. Es ist ein sehr wichtiges Postulat für Binningen, obwohl die Zugänge von der Margarethenbrücke zu den Gleisen 14–17 bereits fertig sind und nicht noch im Bau, wie im Bericht steht. Das einzige, was auf der Margarethenbrücke noch stört, sind die vielen Velos, die jetzt auf dem Trottoir geparkt sind.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Auch die CVP/GLP-Fraktion möchte dieses Postulat nicht abschreiben. Es ist noch nicht klar, was in Zukunft alles gebaut wird, vor allem das Projekt „Gundeli-Tunnel“ betreffend.

Urs-Peter Moos, Freie Wähler, Gemeinderat: Für den Gemeinderat spielt es keine grosse Rolle, ob man das Postulat stehen lässt oder abschreibt. Es gibt Argumente für die Abschreibung: Einerseits, wenn man im Einwohnerrat jedes Geschäft stehen lassen würde, von dem man nicht weiss, was in Zukunft kommt, gäbe es mit der Zeit eine ziemlich umfangreiche Sammlung von Vorstössen, die die nächsten hundert Jahre stehen blieben. Andererseits handelt es sich um einen typischen Auftrag, der bei der Exekutive liegt. Der Rat kann dem Text entnehmen, dass der Gemeinderat den Auftrag aufgenommen hat. Dieser ist auch im Legislaturprogramm festgehalten. Urs-Peter Moos weist darauf hin, dass mit dem Postulat nicht gewährleistet ist, dass die Linie 2 in Zukunft weiterhin zum Bahnhof fahren wird. Die Entscheidung liegt bei der BVB. Der Gemeinderat macht, was ihm möglich ist, aber eine Garantie für die Anbindung an den Bahnhof gibt es nicht.

Markus Ziegler, FDP, drückt Enttäuschung aus über die Haltung von Gemeinderat Moos, die er als fatalistisch wahrnimmt. Den Antrag zur Abschreibung kann Markus Ziegler gar nicht verstehen. Es handelt sich um ein laufendes Geschäft. Es geht nicht um Formalitäten, sondern um Politik. Den Voten hat man entnommen, dass der Einwohnerrat ein starkes politisches Zeichen setzen wird, was dem Gemeinderat in den Diskussionen zu diesem Geschäft Rückenwind geben wird.

Urs-Peter Moos, Freie Wähler, Gemeinderat: Rückenwind ist immer schön. Der Gemeinderat kann aber auch mit Gegenwind umgehen. Die Frage, die sich hier stellt, ist eine andere: Wie entwickelt sich die Situation über 2020 hinaus? Der Auftrag des Einwohnerrats ist klar: Es ist im Interesse der Gemeinde, dass die Anbindung an den Bahnhof SBB mit der Linie 2 bestehen bleibt. Das Geschäft ist in Bewegung. Urs-Peter Moos macht darauf aufmerksam, dass man nicht sicher sagen kann, wie die Lage in zehn Jahren aussieht.

Gaida Löhr, SP, spricht ihre Bedenken aus über die Art und Weise, wie Gemeinderat Moos ein Postulat einschätzt. Es handelt sich um einen Auftrag aus dem Einwohnerrat. Erledigt ist er nicht, wenn der Gemeinderat zu viele Aufträge zu behandeln hat, sondern erst, wenn das Geschäft erledigt ist. Auch das Argument, dass es nichts ändert, ob das Postulat bestehen bleibt oder nicht, lässt Gaida Löhr nicht gelten. So lange das Postulat besteht, ist der Gemeinderat dem Einwohnerrat Rechenschaft schuldig.

Eduard Rietmann, CVP/GLP, verweist auf das Reglement, Paragraph 24, wo klar beschrieben wird, was ein Postulat ist: Es lädt den Gemeinderat ein, Stellung zu nehmen und entsprechende Massnahmen einzuleiten.

Roger Moll, parteilos, äussert sich zu den Geschäften 4 und 5: Erhalt der Tramverbindung und Gundeli-Tunnel. Im Zusammenhang mit der Frage, ob die Linie 2 weiter zum Bahnhof fährt oder nicht, gilt es auch das BLT-Projekt zu bedenken: Die Linie 17 soll über den Margarethenstich zum Bahnhof geführt werden. Wenn die Kreuzung unten am Margarethenstich mit einem Kreiselsystem oder einer Lichtanlage gesteuert werden muss, bedeutet das Stau bis nach Bottmingen, Stau an der Heuwaage, Stau oben bei der Einführung in die Margarethenstrasse von Basel her, auf dem Viadukt und auf dem Bahnhofplatz.

Gemeinderat und Einwohnerrat müssen sich gut überlegen, wie sie zum Projekt Margarethenstich Stellung nehmen.

Zum „Gundeli-Tunnel“ bemerkt Roger Moll, dass drei Projekt-Varianten in Ausarbeitung sind. Er erwartet vom Gemeinderat, dass dieser analysiert, was die Varianten genau bringen, und ob sie für Binningen eine Verkehrsentslastung bedeuten.

ABSTIMMUNG Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung des Geschäfts 4

Ja: 0 / Nein: 35 / Enthaltungen: 0

5: Postulat CVP: Mitsprache der Gemeinde Binningen am baselstädtischen Projekt „Gundeli-Tunnel“

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Die Umsetzung des Gundeli-Tunnels ist sehr realistisch. Der Umsetzungshorizont 2015–2018 ist schnell erreicht. Es ist zu begrüßen, dass der Gemeinderat von den Basler Behörden in die Planung einbezogen wurde. Er kann somit prüfen, wie er Binningens Interessen anmelden und durchsetzen kann. Die Grüne/EVP-Fraktion ist gespannt auf den Bericht des Gemeinderats und wird der Abschreibung nicht zustimmen.

Peter Heiz, FDP: Auch dieses Postulat möchte die FDP-Fraktion nicht abschreiben. Von den heute zu beratenden Geschäften ist dieses wohl das wichtigste. In dieser Sache ist nämlich noch nichts entschieden.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Der Tunnel ist zwar als Gesamtprojekt von den Kantonen Basel-Stadt und Baselland aufgenommen worden, das Projekt ist aber noch lange nicht realisiert. So lange das Gesamtprojekt nicht realisiert ist, möchte die CVP/GLP-Fraktion das Geschäft sicher nicht abschreiben.

Urs-Peter Moos, Freie Wähler, Gemeinderat, weist auch bei diesem Geschäft darauf hin, dass es sich um ein baselstädtisches Projekt handelt; das heisst, es besteht kein formales Mitspracherecht für Binningen, sondern es geht lediglich um den nachbarschaftlichen Austausch. Selbstverständlich wird Basel-Stadt primär die eigenen Interessen verfolgen. Auch in diesem Geschäft setzt sich der Gemeinderat für eine Lösung ein, die für Binningen optimal ist. Es gibt aber auch hier keine Garantie, dass Basel-Stadt die Lösung realisiert, die für Binningen am besten ist.

Christoph Anliker, SVP: Wenn ein Nachbar ein Haus baut, das einem nicht passt oder dem Reglement nicht entspricht, gibt es immer die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Dasselbe gilt bei diesem Projekt. Es gibt die Möglichkeit, so mitzuwirken, wie es den Interessen von Binningen entspricht. Deshalb macht es Sinn, das Postulat nicht abzuschreiben.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP, berichtet, dass es sich um einen Nationalstrassenbau handelt. Es geht um eine Autobahnein- und -ausfahrt. Es wäre denkbar, die Landräte bzw. Nationalräte einzubinden. Beatrice Büschlen betrachtet dieses Geschäft als Teamarbeit, denn weder Basel-Stadt noch Baselland, noch Binningen oder die umliegenden Quartiere haben etwas davon, wenn ein Verkehrschaos entsteht.

Urs-Peter Moos, Freie Wähler, Gemeinderat: Rein formal ist es so, dass das Projekt zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt abgewickelt wird. Vom Gesetz her ist es nicht vorgesehen, dass sich Binningen einschaltet.

ABSTIMMUNG Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung des Geschäfts 5

Ja: 0 / Nein: 34 / Enthaltungen: 0

7: Motion FDP/SVP, Ein Binninger Trainingslokal für den Binninger Schwingclub

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung des Geschäfts 7

Ja: 33 / Nein: 0 / Enthaltungen: 1

12: Motion SVP, Mehr Stellenprozente für den Binninger Bannwart

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung des Geschäfts 12

Ja: 34 / Nein: 0 / Enthaltungen: 0

16: Motion SVP, Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat

Roy Ewald, SVP: In letzter Zeit hat sich die Auszählqualität bei Abstimmungen im Einwohnerrat nicht stark verbessert. Auch in den letzten Sitzungen mussten Abstimmungen wegen Auszählfehlern wiederholt werden. Es besteht also weiterhin Bedarf für eine elektronische Abstimmungsanlage. Das Postulat soll also nicht abgeschrieben werden.

Pascal Andres, SP: Die Frage nach einer elektronischen Abstimmungsanlage wurde letzten Herbst nach einer intensiven Diskussion im Einwohnerrat entschieden. Pascal Andres ist der Meinung, dass die Stimmzähler seither gute Arbeit geleistet haben. Er schliesst sich dem Lob Beatrice Büschlens an, das sie eingangs den Stimmzählern ausgesprochen hat. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Peter Heiz, FDP, ist ebenfalls der Meinung, dass das Postulat abgeschrieben werden kann. Die Abstimmungsanlage kann sich der Rat sparen. Ausserdem ist das Auszählen der Stimmen oft ein Grund zur Heiterkeit. Ohne das Stimmzählen wären Abstimmungen im Rat so langweilig, wie wenn im Fussball das Offside abgeschafft würde.

ABSTIMMUNG Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung des Geschäfts 16

Ja: 25 / Nein: 8 / Enthaltungen: 3

BESCHLUSS

://: Es werden folgende Vorstösse als erledigt abgeschrieben:

- 5.1. Postulat CVP: Vier zusätzliche Garderoben und zwei Duschräume auf den Sportanlagen Spiegelfeld, (Geschäft Nr. 183/IX, überwiesen am 19.11.2007)
 - 5.2. Motion FDP/SVP: Ein Binninger Trainingslokal für den Binninger Schwingclub (Gesch. Nr. 80/X, überwiesen am 31.05.2010)
 - 5.3. Motion SVP: Mehr Stellenprozente für den Binninger Bannwart (Gesch. Nr. 190/X, überwiesen am 16.01.2012)
 - 5.4. Motion SVP: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat (Gesch. Nr. 198/X, in ein Postulat umgewandelt und am 16.1.2012 überwiesen)
-

Neuer Gaskonzessionsvertrag

Eintretensdebatte

Pascal Treuthardt, FDP: Die FDP-Fraktion ist für die Versorgungssicherheit und erneuerbare Energien wie Gas. Da ein guter Vertrag ausgehandelt worden ist, gibt es keine Preiserhöhungen für die Konsumenten. Dies ist insbesondere deshalb gut, da der Wärmeverbund Binningen einer der grössten Gaskonsumenten ist. Wie bereits in der letzten Debatte unterstützt die FDP-Fraktion das Geschäft.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Der neue Gaskonzessionsvertrag zwischen den Gaskonzessionsgemeinden und der IWB liegt dem Rat nun zum zweiten Mal vor. Die Fraktion begrüsst nach wie vor die Stossrichtung des neuen Vertrags. Er bringt vor allem mehr finanzielle Planungssicherheit. Die Abgabe, die die IWB der Gemeinde für die Nutzung der Allmend zahlt, bemisst sich nicht mehr am Gewinn, sondern am Gasverbrauch. Es war auch nicht der Inhalt des Vertrags, der in der letzten Sitzung zur Rückweisung führte, sondern die Art und Weise, wie der Gemeinderat die offenen Fragen beantwortet hatte. Die offenen Fragen sind in der Zwischenzeit geklärt, und die Fraktion stimmt dem Vertrag zu.

Alexander Huber, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion war bereits bei der letzten Abstimmung für den Vertrag. Das hat sich nicht geändert. Mit der Synopse ist nun auch mehr Transparenz vorhanden. Die CVP/GLP-Fraktion hofft sehr, dass der Rat den vertragslosen Zustand heute endlich beendet. Es geht schliesslich für die Gemeinde um viel Geld. Mit dem neuen Vertrag erhält Binningen im Durchschnitt höhere Erträge für die Nutzung des Grundes. Auch die Budgetierbarkeit wird klar verbessert. Und schliesslich kann ein solcher Vertrag nur im Gemeindeverbund ausgearbeitet werden; Einzelverhandlungen machen keinen Sinn. Deshalb empfiehlt die Fraktion erneut die Annahme des Gaskonzessionsvertrags.

Roy Ewald, SVP: Nach den ergänzenden Information zum Vertrag kann auch die SVP-Fraktion den neuen Konzessionsvertrag genehmigen. Wichtig ist für die Fraktion dabei vor allem, dass die Konzessionsgebühren wie versprochen auch in Zukunft nicht zu einer Preiserhöhung für die Konsumenten führen.

Philippe Spitz, SP, dankt dem Gemeinderat Urs-Peter Moos für die ergänzenden Ausführungen. An der grundsätzlich zustimmenden Haltung der SP hat sich nichts geändert. In der letzten Sitzung sind einige Fragen offen geblieben, und zwar nicht bloss nebensächliche. Es darf erwartet werden, dass naheliegende Fragen beantwortet werden, zum Beispiel: Welche Gemeinden haben den Vertrag bereits unterschrieben? Wie hoch wären die Einnahmen nach dem alten Modell gewesen? Gibt es einen Plan B? Diese Fragen sind gerechtfertigt. Der Entscheidungsfindungsprozess soll auch in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Die SP-Fraktion stimmt dem Vertrag jetzt zu.

Urs-Peter Moos, Freie Wähler, Gemeinderat, ist erfreut über die Rückmeldungen. In der letzten Sitzung wurde gefragt, welche Gemeinden bereits unterschrieben haben: Der Prozess ist eben so, dass sich die Abstimmungen in den Gemeinden überschneiden. Die 27 Gemeinden sind dabei, eine nach der anderen dem Vertrag zuzustimmen. Als erste Gemeinde hiess Oeschgen im April den Vertrag gut, danach Wallbach, Dornach, Gipf-Oberfrick, Möhlin, auch Münchenstein stimmte dem Vertrag Ende April zu. Der Vertrag liegt jetzt beim Regierungsrat, da vorgesehen ist, dass der Vertrag im Baselbiet vom Regierungsrat genehmigt wird. Zum Vorwurf der offen gelassenen Fragen, den die Grünen und die SP vorsichtig geäussert haben, bemerkt Urs-Peter Moos, dass es letztes Mal insgesamt dreissig Fragen waren. Vielleicht können also beide Seiten aus der Erfahrung lernen. Die Ratsmitglieder können auch vor der Sitzung per Email gewisse Fragen klären. Wenn die Fragen weniger zahlreich sind, ist es auch eher möglich, sie im ersten Anlauf zur Zufriedenheit aller zu beantworten.

Simone Abt, Präsidentin, entnimmt den Wortmeldungen, dass die offenen Fragen geklärt werden konnten. Sie fragt den Rat, ob er eine Detailberatung wünscht. Dies ist nicht der Fall; sie schreitet also direkt zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG Antrag Gemeinderat
Einstimmig (36 Stimmen)

BESCHLUSS

://: Der neue Gas-Konzessionsvertrag mit den Industriellen Werken Basel (IWB) wird genehmigt.

Traktandum 7

Nr. 49

WBA Wärmeversorgung Binningen AG, Verkauf der Beteiligung

Eintretensdebatte

Eduard Rietmann, CVP/GLP, Präsident GRPK: Der Rat ist bestens über dieses Geschäft informiert. Unter anderem haben die Ratsmitglieder die ausführliche Stellungnahme des Gemeinderats aus dem Binninger Anzeiger als Beilage zusammen mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung bekommen. Deshalb hält sich Eduard Rietmann kurz. Die GRPK hat die Vertreter von IWB, EBM und Verwaltungsrat angehört. Dabei stellte sich heraus, dass der Verkauf der WBA von allen Optionen die beste ist. Nachdem klar wurde, dass der Wärmeverbund Leimental nur eine Chance hat, wenn die WBA Binningen ins Konzept eingebunden ist, und ein Anschluss in Basel auch nicht ohne grossen technischen Aufwand machbar ist, konzentrierte sich die Diskussion auf das Projekt der EBM. Interessant an dem Vertrag ist, dass sich die EBM verpflichtet, Binningen der Wärmezentrale der IWB in der Stadt anzuschliessen, sollte die Wärmeschiene Leimental nicht zustande kommen. Eine knappe Mehrheit bevorzugt den Verkauf der Aktien an die EBM; damit unterstützt die GRPK den Antrag 1 des Gemeinderats. Antrag 2 ist eine Kenntnisnahme, und bei Antrag 3 schlägt die GRPK eine kleine Änderung vor, die lautet: „Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der Ausarbeitung eines Fondsreglements, welche die Investitionskriterien des Verkaufserlöses von CHF 2,6 Mio. in erneuerbare Energien regelt.“ Die Formulierung ist also etwas offener als jene des Gemeinderats.

Alexander Huber, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion möchte einen zusätzlichen Antrag hinzufügen: Die CHF 2,6 Mio. Aktienkapital sollen in die neu zu gründende Gesellschaft einfließen, damit das Mitspracherecht Binningens weiterhin gewährleistet ist. Der Antrag lautet: „Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, sich mit dem Verkaufserlös von CHF 2,6 Mio. aus 75% der WBA-Aktien an der neu zu gründenden Wärmeverbund Leimental AG mit dem vollen Betrag zu beteiligen.“

Severin Brenneisen, SP: Die SP-Fraktion dankt der GRPK für den vorliegenden Bericht. Auch die SP bevorzugt nach eingehender Prüfung der Fakten die Wärmeschiene Leimental mit der EBM. Die Fraktion ist der Meinung, das Verhandlungsergebnis von CHF 2,6 Mio. für Binningens Aktienkapital ist ein gutes Resultat. Die Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass das neu zu erstellende Holzkraftwerk und der damit verbundene Ausbau des Wärmenetzes für einen grossen Teil des Leimentals ein zukunftsweisendes und ökologisches Projekt von grossem Nutzen ist. Damit wird auch der damalige Volksentscheid aufge-

nommen und weitergeführt. Ob Binningen seine Anteile verkauft oder in die neu zu gründende Gesellschaft einbringt, wird die heutige Diskussion entscheiden. Zu dieser Frage hat die SP noch keine abschliessende Meinung. Was aber wichtig ist für die SP, ist die zweckgebundene Verwendung der Mittel. Der Antrag, den Verkaufserlös für erneuerbare Energien zu verwenden, ist eine gute Lösung. Damit wird ein Mehrfaches an zusätzlichen Investitionen ausgelöst. Dies stärkt die KMU in der Gemeinde und in der Region. Die Lösung ist auch ökologisch sinnvoll. Binningen kann damit die Abhängigkeit von Gas und anderen Energieträgern, die die Gemeinde einkaufen muss, verringern. Ob die CHF 2,6 Mio. ausschliesslich für private Gebäude verwendet werden oder auch für Liegenschaften der Gemeinde, ist ein weiterer Diskussionspunkt. Auch die SP hat einen Antrag gestellt, nämlich, dass die Anträge der GRPK umgestellt werden und über Antrag 3 zuerst abgestimmt wird.

Jürg Blaser, SVP: Die Meinungen zum weiteren Ausbau der WBA und dem Verkauf des Anteils von 75% an den neuen Partner EBM scheinen gemacht. Der Gemeinderat und die Mehrheit der GRPK-Mitglieder sind überzeugt, dass die zukünftige Wärmeversorgung in Binningen mit der geplanten Wärmeschiene Leimental am besten realisiert werden kann. Leider fanden einige grundsätzliche Fragen keinen Eingang in die Diskussion. Diese Fragen müssen nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen gestellt werden, sondern sind auch genereller Natur. Die Wärmeschiene Leimental macht auf den ersten Blick Sinn, bei genauerer Betrachtung und ohne ideelle Scheuklappen müsste man aber zugeben, dass eine Lösung mit der IWB die weitaus bessere wäre. Betrachtet man die Geschichte der WBA über die letzten dreissig Jahre, so kann von Erfolgsprojekt keine Rede sein. Der anfänglich wertvolle Pioniergeist ist dankenswert, aber Ertrag und Aufwand stehen in keinem Verhältnis – nach so langer Zeit konnte die WBA lediglich 130 Anschlüsse realisieren. Dies entspricht nicht einmal 15% aller Haushalte in Binningen. Jeder der angeschlossenen Haushalte wurde durchschnittlich mit CHF 25'000 subventioniert. Die WBA hat sich von einem ideellen Vorzeigeprojekt in ein komatöses Subventionsmonster verwandelt, und niemand getraut sich, den Stecker zu ziehen. Wie kann die WBA von umweltschonender Versorgung sprechen, wenn der Prozentsatz erneuerbarer Energien 13% beträgt und die heutige Fernwärme hauptsächlich mit Gas und Heizöl betrieben wird? Die IWB hingegen hat bereits heute einen Anteil von 30% an erneuerbarer Energie. Jetzt sollen CHF 35 Mio. in das Konzept Wärmeschiene Leimental investiert werden, und dies mit ungewissem Ausgang. Wer garantiert, dass das Projekt die wirtschaftlichen und energiepolitischen Zielsetzungen erfüllt? Ist es nicht bemerkenswert, dass die EBM offeriert, bei einem Scheitern des Projekts den Anschluss der WBA ans Fernwärmenetz der IWB vorzunehmen? Bestehen also sogar bei der EBM Zweifel? Die WBA selbst behält sich vor, in Zukunft mit der IWB zusammenzuarbeiten, sollten die Ziele betreffend dem Anteil erneuerbarer Energien nicht erreicht werden. Noch eine Bemerkung zur geplanten Heizzentrale in Bottmingen: Anstatt auf die vorhandene und bewährte Infrastruktur der IWB zurückzugreifen, soll im Verlauf der nächsten zwei bis drei Jahre eine Holzheizanlage auf teurem Bottminger Boden erstellt werden. Wie viel grüne Energie muss produziert werden, um die graue Energie zu rechtfertigen, die es für den Bau der Anlage braucht? Fazit: Für die Mehrheit der SVP-Fraktion ist das Projekt Wärmeschiene Leimental nicht zukunftsweisend und mit hohen finanziellen Risiken verbunden. Eine hundertprozentige Versorgungssicherheit kann nicht gewährleistet werden.

Die SVP-Fraktion beschliesst Stimmfreigabe. Zudem stellt sie den Antrag, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen und erneut das Gespräch mit der IWB zu suchen. Binningen und Bottmingen sollten ans Fernwärmenetz der IWB angeschlossen werden.

Severin Brenneisen, SP, bemerkt, dass es schade wäre, diesen Rückweisungsantrag gutzuheissen, da es sich bei diesem Vertrag um eine einmalige Chance handelt.

ABSTIMMUNG Rückweisungsantrag der SVP
Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Die WBA war eine Pioniertat der Gemeinde Binningen. Die Fraktion ist davon überzeugt, dass mit der EBM in der aktuellen Konstellation die richtige Partnerin für die Zukunft des

Wärmenetzes gefunden wurde. Dennoch soll die Gemeinde weiterhin Einfluss auf die umweltfreundliche Energieversorgung in Binningen haben; deshalb unterstützt die Fraktion den Antrag der CVP.

Markus Ziegler, FDP: Die FDP-Fraktion möchte auf das Geschäft eintreten, wie bereits gehört. Bis auf den zweiten Antrag folgt die FDP dem Gemeinderat und der GRPK. Die Fraktion ist überzeugt, dass die Wärmeschiene Leimental ein zukunftsgerichtetes Projekt ist, das aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht für Binningen sinnvoll ist. Wie bereits gehört, hat sich die Gemeinde in geschickten Verhandlungen abgesichert für den Fall, dass das Projekt nicht zustande kommen sollte. Den zweiten Punkt sieht die FDP-Fraktion anders als die Vorredner: Die Fraktion ist klar der Meinung, dass die Gemeinde die WBA-Aktien verkaufen sollte. Es macht keinen Sinn, dass Binningen auf zwei Ebenen des gleichen Unternehmens beteiligt ist. Wie die Ratsmitglieder wissen, ist die EBM eine Genossenschaft, zu der auch die Gemeinde Binningen gehört. Einwohnerrat und Gemeinderat sind in der Genossenschaft vertreten und können politischen Einfluss ausüben. Der zweite Aspekt, der für einen Verkauf spricht, ist der Einsatz der CHF 2,6 Mio. Die Fraktion findet die breiter gefasste Definition des Fonds, die die GRPK vorschlägt, gut. Es ist der FDP ein wichtiges Anliegen, dass das Geld in Binningen in ökologische Projekte investiert wird. Deshalb folgt die Fraktion den Anträgen der GRPK in der vorliegenden Form.

Roger Moll, parteilos: Der Grundgedanke, dass in der Gemeinde Binningen die Wärmeversorgung nachhaltig gesichert werden soll, ist positiv. Das Thema wirft aber einige Fragen auf. Innerhalb von zehn Jahren, bis 2003, hat Binningen CHF 2,7 Mio. in den Unterhalt, die Sanierung und den Betrieb der WBA gesteckt. Wie hoch ist der Betrag, der zwischen 2003 und 2012 ausgegeben wurde? Die Erweiterung der vier Zentralen, um die Versorgungssicherheit der Abnehmer zu erhöhen, ist in Ordnung. Die Verbindung der Inselösungen macht auch Sinn, wirft aber eine Frage auf: Sind die Kosten alleine von der Gemeinde Binningen zu tragen, oder werden sich bei einem Zusammenschluss mit der Wärmeschiene Leimental andere an den geschätzten Kosten von CHF 900 000 beteiligen? Die Wärmeschiene Leimental ist eine gute Sache. Vor fast dreissig Jahren wollte man auf der deutschen Seite des Rheins eine solche Wärmeschiene realisieren: Sämtliche Kraftwerke am Rhein, inklusiv die Industrien, die überschüssige Wärme haben, sollten in einem Wärmeverbund zusammengeschlossen werden, von Konstanz bis ins Elsass. Das Konzept war hervorragend, man hätte allerdings einzelne Düker bauen müssen auf die Schweizer Seite, um die überschüssige Abwärme zu erfassen. Der Wärmeschiene Leimental unterliegt ein ähnlicher Grundgedanke wie damals. Es stellt sich folgende Frage: Es macht Sinn, die dezentralen Standorte in Binningen miteinander zu verbinden, wenn dies die Wärmegewinnung optimiert. Auch der Bau einer zentralen Anlage mit Holzschnitzelfeuerung in Bottmingen, um die Wärmeschiene Leimental zu speisen, macht Sinn. Gibt es aber einen Plan B, wenn die Anlage in Bottmingen nicht realisiert werden kann? Wie werden die Kosten zwischen den Gemeinden geteilt, von Binningen bis Therwil? Gäbe es eventuell die Alternative, Binningens Wärmeversorgung mit moderner Wärmegewinnung, zum Beispiel Erdwärme, zu sichern? Und schliesslich: Gibt es ein Konzept für die Wärmeschiene Leimental, und wie sieht es aus?

Mike Keller, FDP, Gemeindepräsident, dankt für die positive Aufnahme des Geschäfts. Zunächst geht er auf die Fragen Roger Molls ein: Welcher Betrag wurde für Unterhalt und Betrieb der WBA zwischen 2003 und 2012 ausgegeben? Nichts. Wer bezahlt für die Verbindung der Inseln? Dies wird von der neuen Gesellschaft finanziert. Schliesslich die Frage zur Kostenteilung unter den Gemeinden: Das Projekt wird von der neuen Gesellschaft realisiert. Für die Planungssicherheit ist die EBM bereit, 100% des Eigenkapitals, also CHF 28 Mio., einzubringen. Den Gemeinden ist aber eine Beteiligung freigestellt. Wurde die Erdwärmenutzung geprüft? Ja. Die WBA führte vor einigen Jahren eine Studie durch, unter anderem auch zur Erdwärmenutzung. Die Studie kam zum Schluss, dass Erdwärme in Binningen keinen massgebenden Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten kann.

Auch mit der Realisierung der Wärmezentrale in Bottmingen werden die ökologischen Kraftwerke in Binningen, d.h. die Abwärmenutzung Birsig wie auch die Kanalisationsabwärmenutzung, weiter betrieben. Ausserdem besteht das Vorhaben, mindestens ein Blockheizkraftwerk in Binningen für die redundante Versorgung aufrecht zu erhalten.

Zu den Gedanken im Zusammenhang mit dem Einbringen des Verkaufserlös bzw. Beteiligung an der neuen Gesellschaft: Die neue Gesellschaft soll ein Aktienkapital von CHF 28 Mio. bekommen. Es ist in diesem Zusammenhang relevant, die Sperrminorität zu betrachten. Diese liegt bei 33%. Dies bedeutet, wer einen Anteil von über 33% an der Gesellschaft hält, hat ein Vetorecht. Binningen müsste sich also mit mindestens CHF 8,4 Mio. an der Gesellschaft beteiligen, um tatsächlich Einfluss nehmen zu können. Auch wenn alle vier Gemeinden sich mit ihrem jetzigen Kapital beteiligen, also mit den eigenen Wärmeversorgungen, käme erst ein Betrag von circa CHF 11 Mio. zusammen. Mit diesem Betrag hätten die Gemeinden also keine Mehrheit in der neuen Gesellschaft. Weshalb sind diese Überlegungen wichtig? Wenn der Rat entscheidet, dass der Erlös der Aktien in die neue Gesellschaft eingebracht werden soll, dann ist die Gemeinde Binningen zwar aktiv beteiligt, hat aber kein rechtliches Mitspracherecht. Man kann sich dafür einsetzen, dass die Gemeinden im Verwaltungsrat Einsitz nehmen, aber auch hier ist klar: Als Minderheitsaktionäre könnten die Gemeinden auch im Verwaltungsrat keine Mehrheit stellen. Dies war die Ausgangslage für den Antrag des Gemeinderats. Mit diesem Geld kann die Gemeinde sinnvolle erneuerbare Energiegewinnung in Binningen realisieren. Wie Severin Brenneisen schon sagte, handelt es sich um eine Chance für das örtliche Gewerbe. Werden die CHF 2,6 Mio. hingegen in die neue Gesellschaft eingezahlt, sind sie nicht mehr verfügbar. Würde die Gemeinde das Geld in ein paar Jahren für ein Projekt nutzen wollen, könnte sicher nicht der gesamte Betrag aus der Gesellschaft gelöst werden.

Detailberatung

Markus Ziegler, FDP, möchte einen Punkt beleuchten, der die FDP-Fraktion in der Beratung beschäftigt hat. Ein Teil der Fraktion stand dem Fonds in der Debatte sehr kritisch gegenüber. Dabei ging es darum, dass solche Fonds in der Politik oft der Anfang einer nicht endenden Subventionswelle sind. Dies konnte der Gemeinderat in der GRPK klar widerlegen. Dennoch möchte Markus Ziegler fürs Protokoll noch einmal festhalten, dass die CHF 2,6 Mio. lokal in Binningen, wenn möglich unter Einbezug des Binninger Gewerbes, investiert werden sollen. Der Fonds ist das Gefäss, das aus finanztechnischen Gründen eingesetzt werden muss. Die Fraktion unterstützt diese Lösung, wenn der Gemeinderat das Versprechen abgibt, dass die Subventionen zeitlich begrenzt sind.

Mike Keller, FDP, Gemeindepräsident, kann die von Markus Ziegler vorgebrachten Gedanken nachvollziehen. Mit dem Antrag, nämlich der Ausarbeitung des Fondsreglements, hat der Gemeinderat eine klare Aufgabe zu erfüllen. Sobald feststeht, wie der Fonds in Zukunft geäufnet wird, muss für den Fonds auch ein Zeitrahmen definiert werden.

Christoph Anliker, SVP: Das Thema Fonds kam in der heutigen Sitzung schon einmal zur Sprache. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein solcher Fonds nicht mit Steuergeldern gespeist werden darf. In diesem Fall handelt es sich nicht um Steuergelder. Nun muss der Rat entscheiden, wie das Geld eingesetzt wird, beispielsweise könnte man damit auch den Kulturfonds äufnen. Die SVP-Fraktion stellt aber den Antrag, die CHF 2,6 Mio. in die laufende Rechnung aufzunehmen, anstatt damit einen Fonds zu äufnen.

Anträge

Antrag der SP: Änderung der Reihenfolge der GRPK-Anträge

Severin Brenneisen, SP, erläutert, warum der Rat zuerst über Antrag 3 abstimmen sollte. Für die SP-Fraktion ist es besonders wichtig, wie die CHF 2,6 Mio. eingesetzt werden. Es wurden diverse Vorschläge gemacht, insbesondere von Mike Keller. Da bereits in den Vorkommissionen klar wurde, dass FDP und SVP den Antrag 3 bestreiten, wollte die SP-Fraktion diesen Antrag an den Anfang stellen. Für die SP ist

es wie gesagt wichtig, dass die CHF 2,6 Mio. für erneuerbare Energien in Binningen eingesetzt werden. Den Ratsmitgliedern aus CVP, GLP, Grüne und EVP gibt Severin Brenneisen zu bedenken, dass es nicht sicher ist, dass die Wärmeschiene Leimental umgesetzt wird. Falls das Geld also in das Projekt eingebracht würde, wäre es nicht einfach, es wieder zu lösen.

Christoph Anliker, SVP, findet es widersprüchlich, über die Verwendung des Verkaufserlöses zu entscheiden, bevor überhaupt über den Verkauf der WBA abgestimmt worden ist.

ABSTIMMUNG Antrag SP

Ja: 22 / Nein: 14 / Enthaltungen: 0

Katrin Bartels, CVP/GLP, fragt, ob der Antrag 3 nun dem Antrag CVP/GLP gegenüber gestellt wird oder dem ursprünglichen Antrag des Gemeinderats.

Simone Abt, Präsidentin: Zunächst wird über die beiden Anträge aus dem Rat abgestimmt, dann über den Antrag der GRPK und am Schluss über den Antrag des Gemeinderats.

Alexander Huber, CVP/GLP, möchte sich vor der Abstimmung noch zum Antrag der CVP/GLP-Fraktion äussern. Im Prinzip müsste die zu gründende Wärmeverbund Leimental AG der Gemeinde Binningen den Betrag von CHF 2,6 Mio. auszahlen. Wenn Binningen das Geld als Anteil im Wärmeverbund liesse, hätte dieser mehr Ressourcen zur Verfügung, um das Projekt zu verwirklichen. Die Fraktion meint, dass das Geld dieser Gesellschaft anvertraut werden kann, um etwas Sinnvolles aufzubauen. Die Gesellschaft könnte das Geld viel zielgerichteter in erneuerbare Energien einsetzen als die Gemeinde Binningen. Der Antrag geht also dahin, dass das Geld in der Gesellschaft bleibt und Binningen als Aktionärin mit einem gewissen Mitspracherecht beteiligt ist, auch wenn es nicht für die Sperrminorität reicht.

Christoph Anliker, SVP, wiederholt zur Erinnerung den Antrag der SVP: „Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, den Verkaufserlös von CHF 2,6 Mio. in die laufende Rechnung einfließen zu lassen.“

ABSTIMMUNG Antrag CVP/GLP gegen Antrag SVP

Antrag CVP/GLP: 26 Stimmen

Antrag SVP: 10 Stimmen

Enthaltungen: 0

Bevor zur nächsten Abstimmung geschritten wird, ermutigt *Severin Brenneisen, SP*, die Ratsmitglieder, die Chance zu ergreifen, um CHF 2,6 Mio. in erneuerbare Energien zu investieren sowie zusätzliche Investitionen aus Folgeaufträgen zu generieren. Die EBM hat versichert, dass sie auf dem Kapitalmarkt genügend Kapital für die neue Gesellschaft aufnehmen kann. Indem der Ertrag aus den Aktien für erneuerbare Energie eingesetzt wird, wird der Volkswille am besten umgesetzt.

Alexander Huber, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion möchte das Geld in der Gesellschaft lassen. Die Verantwortung wird der Gesellschaft übertragen, Binningen bleibt aber als Aktionärin beteiligt, anstatt dass die Gesellschaft auf dem Kapitalmarkt Geld aufnehmen muss.

Markus Ziegler, FDP, schliesst sich dem SP-Votum an. Auch die FDP-Fraktion ist nicht dafür, einen Anteil der neuen Gesellschaft zu übernehmen. Der Return on Investment ist grösser, wenn das Geld in Binningen investiert wird. Die Gemeinde hat nach wie vor bei der EBM ein gewisses Mitspracherecht, sie ist einfach nicht als Aktionärin am Projekt beteiligt. Diese Privatisierung macht Sinn.

Mike Keller, FDP, Gemeindepräsident, weist darauf hin, dass die Gesamtkosten für das Projekt mit CHF 60 Mio. veranschlagt werden. Die neue Gesellschaft soll ein Eigenkapital von CHF 28 Mio. haben. Das heisst, es müssen auf jeden Fall Gelder auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden. Die EBM hat auch

bereits Gespräche mit Banken geführt. Ihre Solvenz wird von den Banken als sehr hoch eingeschätzt; der Zinssatz ist entsprechend tief. Das Projekt wird kaum an den CHF 2,6 Mio. Binningens scheitern.

Peter Buess, Grüne/EVP, kann sich an keine Energie-Projekte in Binningen erinnern, die sich im Bereich von CHF 2,6 Mio. bewegen. Deshalb macht es nicht Sinn, das Geld in die laufende Rechnung zu investieren.

ABSTIMMUNG Antrag CVP/GLP gegen Antrag GRPK

Antrag CVP/GLP: 11 Stimmen

Antrag GRPK: 17 Stimmen

Enthaltungen: 8

Alexander Huber, CVP/GLP, meint, es sei bei der Bekanntgabe des Resultats nicht klar gewesen, ob „Ja-Stimmen“ sich auf die grüne Karte bezieht oder auf den angenommenen Antrag der GRPK. Die Präsidentin fragt den Rat, ob jemand die Abstimmung wiederholen möchte. Dies ist nicht der Fall.

ABSTIMMUNG Antrag GRPK gegen Antrag Gemeinderat

Antrag GRPK: 27 Stimmen

Antrag Gemeinderat: 2 Stimmen

Enthaltungen: 7

ABSTIMMUNG Antrag 1 (Verkauf WBA-Aktien an die EBM)

Ja: 26 / Nein: 7 / Enthaltungen: 3

Antrag 2 wird zur Kenntnis genommen.

BESCHLÜSSE

://: 7.1. Der Verkauf der Aktienanteile der Gemeinde Binningen an der Wärmeversorgung Binningen AG (WBA) an die Genossenschaft Elektra Birseck (EBM) zum Betrag von CHF 2,6 Mio. wird gutgeheissen.

7.2. Der Vorvertrag zur neuen Konzession zwischen der Einwohnergemeinde Binningen als Konzessionsverleiherin und der WBA Wärmeversorgung Binningen AG als Konzessionärin wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, ein Fondsreglement auszuarbeiten, welches die Investitionskriterien des Verkaufserlöses von CHF 2,6 Mio. in erneuerbare Energien regelt.

Diversa

– **Anfrage SP-Fraktion: Visionen 2030 – wo stehen wir?**

72

Mike Keller, FDP, Gemeindepräsident, beantwortet die Fragen der SP-Fraktion.

Frage a: Inwieweit konnte der Gemeinderat dieses für die Gemeinde äusserst wichtige Projekt schon aufgleisen?

Antwort: Der Gemeinderat hat das Konzept und auch die massgebenden Teilschritte zu Papier gebracht. Er ist also bereit, die Aktion zu starten. Mike Keller fügt hinzu, dass der Gemeinderat für den nächsten

Schritt die Ressourcen der Verwaltung braucht, um die Umfrage zu lancieren. Hier besteht zurzeit ein Engpass, weshalb kurzfristig die Prioritäten zu Gunsten anderer Projekte gesetzt wurden. Das Projekt ist also leicht in Verzug. Damit ist auch die Frage c beantwortet: Wann darf mit dem Einbezug der diversen Binninger Institutionen sowie der Bevölkerung gerechnet werden?

Frage b: Wurde bereits eine Lagebeurteilung vorgenommen?

Antwort: Selbstverständlich. Der Gemeinderat hält an den gesetzten Legislaturzielen fest. Er hat den Wunsch und das Ziel, für die nächste Legislatur mit dieser Vision eine Grundlage zu schaffen, auf die man sich bei der Planung abstützen kann.

Weiteres

Mike Keller, FDP, Gemeindepräsident, setzt den Einwohnerrat darüber in Kenntnis, dass in der Abteilung Hochbau, Raumplanung und Umwelt eine Vakanz besteht, da die Abteilungsleiterin krank ist. Diese Absenz wird vorübergehend von den Teammitgliedern und dem Abteilungsleiter TU überbrückt. Es könnte noch eine Weile dauern, bis die Position wieder ordentlich besetzt ist. Deshalb hat sich der Gemeinderat als Übergangslösung entschieden, extern jemanden zu suchen. Es stehen nämlich in der Abteilung einige Geschäfte an.

Simone Abt, Präsidentin, verabschiedet Gerhard Metz. Dieser hat übrigens den Einwohnerrat im Gremium der WBA vertreten. Nun hat er dem Einwohnerrat sein Rücktrittsschreiben eingereicht, mit einem knappen Verweis auf sein Geburtsjahr als Begründung. Simone Abt nimmt Gerhard Metz' Rücktritt mit Bedauern zur Kenntnis, da der Rat einen Träger von Know-how und gepflegtem politischem Stil einbüsst. Am 1. Dezember 2004, also vor achteinhalb Jahren, trat Gerhard Metz nachrückend sein Amt an. Bereits in der Januar-Sitzung 2005 wurde er in die GRPK gewählt und blieb bis heute Mitglied. Mindestens seit 2008 fungierte er als Vize-Präsident der GRPK. Als Mitte 2010 das Präsidium der GRPK vakant wurde und überbrückt werden musste, war er für die Interims-Präsidentin Vreni Dubi ein sehr aktiver und loyaler Vize-Präsident, der auch die Knochenarbeit des Berichteschreibens übernahm. Dieses Team leitete die GRPK bis ans Ende der Amtsperiode vor einem Jahr. Gerhard Metz prägte den Einwohnerrat durch seinen Stil: ruhig, sachlich und mit einem freisinnigen Geist, der zulässt, auch einmal eine andere Meinung als diejenige des Rests der Partei zu vertreten. Ohne seinen liberalen Kompass aus den Augen zu verlieren, war er bemüht, pragmatische und mehrheitsfähige Lösungen für Binningen und seine Bewohner zu finden. Seine sachlichen und fundierten Voten im Rat und in den Kommissionen zeugen von seiner seriösen Arbeit und seiner Ablehnung politischer Schaumschlägerei und Polemik. Entsprechend wurde er weit über die Fraktion hinaus geschätzt und respektiert. Gerhard Metz verlässt nun den Einwohnerrat, wird sich aber hoffentlich weiterhin in die Politik einbringen. Denn Simone Abt ist überzeugt, dass Gerhard Metz ein politischer und kritischer liberaler Geist bleiben wird. Sie erwartet, ihn in einem Workshop der Visionen 2030 anzutreffen. Im Namen des Einwohnerrats dankt die Präsidentin Gerhard Metz für seine wertvolle Arbeit und wünscht ihm für seine politische oder unpolitische Zukunft alles Gute.

Simone Abt verabschiedet sich als Präsidentin. Sie hat ihr Amt sehr gerne ausgeübt. Vom Sitz des Präsidenten/der Präsidentin aus stehen Ordnung im Rat, Harmonie, das Gefühl fürs Ganze, für jede und jeden im Saal im Vordergrund. Simone Abt hat versucht, alle Ratsmitglieder gleich wichtig zu nehmen. Die Sitzung zu leiten entfremdet also das Präsidium etwas von den inhaltlichen politischen Fragestellungen. Und das ist gut so. Der Perspektivenwechsel war für Simone Abt sehr interessant, weil ungewohnt. Man kann sich (augenzwinkernd)fragen, ob die Präsidentschaft das richtige Amt ist für ein leidenschaftliches „bête politique“. Es üben ja viele von Binningens Vollblut-Politikerinnen und -Politikern dieses Amt irgend einmal aus. Simone Abt stellt allen, die das Amt noch vor sich haben, ein

sehr spezielles Jahr in Aussicht. Während sie im Saal als Fraktionsmitglied manchmal gerne eine Hand mehr gehabt hätte, um den Ausschlag zu geben, musste sie hier auf dem Podest aufpassen, dass sie vor lauter nach links und nach rechts schauen nicht vergass, selber abzustimmen. Stichentscheide waren denn auch jeweils eine besondere Herausforderung. Simone Abt dankt dem Vizepräsidenten Stefan Kaiser, der von jetzt an als Präsident amtiert, für seine ruhige Präsenz am Präsidialpult. Ihr Dank geht auch ans Ratsbüro, das sie vor jeder Sitzung konsultierte. Stellvertretend für alle dankt Simone Abt den anwesenden Mitarbeitenden der Behördendienste, Gemeindeverwalter Nicolas Hug und Nic Kaufmann, Leiter Behördendienste und Kommunikation, für ihr Mitwirken und die unterstützenden kritischen Überlegungen und Voten.

Simone Abt lädt alle zum anschliessenden Apéro ein, wo die Ratsmitglieder auch die Gelegenheit haben mit verschiedenen Abteilungsleitenden der Gemeindeverwaltung zu sprechen, die ebenfalls anwesend sind.

Stefan Kaiser, antretender Präsident, spricht seinen Dank an die scheidende Präsidentin Simone Abt aus. Er hofft, sie hat in ihrem Präsidialjahr einiges gelernt, wie dies für ihn als Vize-Präsident der Fall war. Nun kann sie nach den Sommerferien wieder in der gewohnten Reihe Platz nehmen und sich erneut in die Sachgeschäfte einbringen. Sie macht dies sicher mit grosser Freude und Erfüllung. Stefan Kaiser wünscht Simone Abt auf dem weiteren politischen Weg hier in Binningen alles Gute.

Die Sitzung schliesst um 22:10.